

Rumänien: Neues Tigerland oder Problemkind der EU?

ALFRED PFALLER

Eine schnelle Momentaufnahme

Rumänien, das Anfang 2007 zusammen mit Bulgarien Mitglied der Europäischen Union wurde, erscheint auf den ersten Blick als das »balkanischste« aller Balkanländer (von Albanien vielleicht abgesehen). Bereits eine halbe Autostunde von Bukarest entfernt fühlt sich der Besucher in die Dritte Welt versetzt. Und auch die Zwei- bis Dreimillionenstadt Bukarest besticht durch den Charme des ungebärdigen Chaos.

In der Tat gehört das Land mit zu den ärmsten Ländern in Europa. An Kaufkraft gemessen, liegt sein Pro-Kopf-Einkommen bei etwa einem Viertel des EU-Durchschnitts und bei weniger als einem Fünftel von dem in Deutschland. Unter den EU-Mitgliedstaaten wird Rumänien das am stärksten ländlich geprägte sein, ein gutes Drittel der Bevölkerung lebt immer noch von der Landwirtschaft. Damit hängt zusammen, dass das Land mit etwa fünf bis sechs Prozent eine ziemlich niedrige Arbeitslosenquote aufweist. Etwa ein Fünftel der rumänischen Erwerbsbevölkerung arbeitet derzeit im Ausland, vor allem in Italien und Spanien.

Die rumänische Bevölkerung schrumpft. Das liegt vor allem an der äußerst geringen Geburtenrate. Dazu passt, obwohl hier noch andere Faktoren ins Spiel kommen, dass Rumänien ein akutes Rentenproblem hat: Auf zehn beitragszahlende Arbeitnehmer kommen zwölf Rentner (in Deutschland sind es knapp sechs). Rumänien gehört aber auch zu den Ländern mit dem höchsten realen Wirtschaftswachstum in Europa – fast sechs Prozent im Durchschnitt der letzten sechs Jahre (EU: etwas über zwei Prozent).

Rumänien hat nationale Minderheiten, unter denen die Ungarn mit etwa sieben Prozent der Bevölkerung die weitaus bedeutendste darstellen. Die Deutschen, die im Jahre 1956 noch über zwei Prozent ausmachten, sind heute nur noch mit winzigen 0,3 Prozent vertreten. Das Zusammenleben der diversen Volksgruppen ist in großen Teilen des Landes fast vorbildlich zu nennen. Timisoara (Temeswar), Cluj-Napoca (Klau-

senburg) und Sibiu (Hermannstadt) sind Städte mit einem multikulturellen Flair, das man anderswo in Europa nicht so schnell findet. Es gibt aber auch Probleme. Ein Teil der ungarischsprachigen Bevölkerung im homogen ungarischen Siedlungsgebiet in Zentralrumänien (den Verwaltungsbezirken Harghita und Covasna) verlangt so weitgehende Autonomierechte, dass sie von den ethnischen Rumänen fast einhellig als unzumutbar zurückgewiesen werden. Hier könnte Zündstoff für die Zukunft liegen.

Von ganz anderer Art ist das Verhältnis der Rumänen zu ihren Roma-Mitbürgern, die je nach Zählweise zwischen acht und fünfzehn Prozent der Bevölkerung ausmachen. Sie pochen nicht auf Minderheitenrechte, leben aber zu einem großen Teil am Rande der Gesellschaft und werden von dieser nicht richtig akzeptiert. Die rumänischen Roma sind Opfer gesellschaftlicher (nicht staatlicher) Diskriminierung, verweigern aber zum Teil auch selbst die volle Integration, z. B. durch Schulabbruch.

Rumänien ist eine Demokratie, in der bereits dreimal seit der Revolution von 1989 freie und im Großen und Ganzen saubere Wahlen einen Regierungswechsel herbeigeführt haben. Derzeit regiert ein labiles Parteienbündnis, das sich auf der politischen Skala in den Mitte-Rechts-Bereich einordnet. Die stärkste Oppositionskraft ist die Sozialdemokratische Partei (PSD), die bei den Parlamentswahlen von Ende 2004 mit 36 Prozent noch die meisten Stimmen erhalten hatte, heute in Umfragen aber wesentlich schlechter abschneidet.

Rumänien hat besonders den Ruf der Korruption. Darüber wird noch zu reden sein. Aber das Land gehört auch zu den sichersten in Europa. Gewaltkriminalität hält sich auch in Bukarest – vorerst noch – auf äußerst niedrigem Niveau. Dazu passt, dass ein großer Teil der Rumänen, auch der jungen in der Stadt, bemerkenswert religiös ist. Es überrascht, immer wieder das Entstehen neuer Klöster mit jungen Mönchs- oder Nonnengemeinschaften zu sehen. Die Rumänen sind in vieler Hinsicht noch ein »braves« Volk mit viel Familiensinn, Respekt für das Alter und einem offenen Herzen für Arme und Tiere, was einen zunehmenden Sinn für die Verlockungen der modernen Konsumwelt (Kleidung, Cafés, Körperkultur) nicht ausschließt.

Jenseits der Transformation

Rumänien ist ein Land im Übergang. Dieser Satz ist mehr als ein Gemeinplatz. Er besagt, dass vieles, was wir heute wahrnehmen, wahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein wird. Das Land ist in einem schnellen Wandel begriffen, dessen Ausmaß und Tiefe der an Konstanten orientierten Wahrnehmung leicht entgeht. Wenn wir die Richtung dieses Wandels bestimmen wollen, führt das Transformationsparadigma, das gewöhnlich auf die post-kommunistischen Länder angewandt wird, auf eine wenig ergiebige Fährte. Die »Transformation«, d. h. der Übergang von der Diktatur zur Demokratie und von der Plan- zur Marktwirtschaft, ist auch in Rumänien weitestgehend abgeschlossen.

Aber die Entwicklung geht weiter. Ihre Dynamik kommt von der Neustrukturierung der europäischen und darüber hinaus der globalen Wirtschaft. Die Auswirkungen dieser Dynamik auf die Gesellschaft werden mitbestimmt von der Art und Weise, wie die politischen Prozesse organisiert sind, d. h. wie unterschiedliche Gruppen ihre Interessen geltend machen und die relevanten Spielregeln beeinflussen können. Die Europäische Union mit ihrem verbindlichen Regelwerk und ihren westlich dominierten Kräftekonstellationen ist dabei ein Faktor, der in die politische Gleichung in Rumänien mit einfließt und sie womöglich erheblich verändert.

Die Perspektive zügiger Wirtschaftsentwicklung

Es besteht die reale Möglichkeit, dass Rumänien fester Teil eines osteuropäischen Wachstumssyndroms wird, das folgende Dynamik aufweist:

- ▶ Produktionsverlagerung aus westlichen, insbesondere europäischen Hochlohnländern sowie eine eventuell hinzukommende Rückverlagerung aus problematischer werdenden Niedriglohnländern (wie z. B. China) bringen signifikante Wachstumsimpulse ins Land, die sich in höheren Einkommen und steigender Binnennachfrage nach Konsumgütern, Dienstleistungen und Immobilien fortsetzen.
- ▶ In nicht allzu ferner Zukunft geht die Entlassung von Arbeitskräften aus ineffizienten Betrieben, die aus der kommunistischen Planwirtschaft übernommen wurden, zu Ende. Von da an werden die oben angesprochenen Wachstumsimpulse auch eine positive Beschäftigungsbilanz zur Folge haben.

- ▶ Der Einkommens- und Nachfrageeffekt wird verstärkt durch massenhafte Arbeitsmigration ins Ausland und dem daraus resultierenden Geldfluss nach Rumänien. Die Arbeitsmigration senkt gleichzeitig den Druck auf den rumänischen Arbeitsmarkt, hält die Arbeitslosigkeit in Grenzen und trägt zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens bei.
- ▶ In Rumänien bilden sich, von der nationalen Wirtschaftspolitik klug unterstützt, unternehmerische Initiativen und Angebotskapazitäten heraus, die den ursprünglichen, aus dem Ausland kommenden Impuls vertiefen und verstärken.
- ▶ Das schematisch dargestellte Wachstumssyndrom schafft in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas eine mit Ostasien vergleichbare Wachstumsregion, deren Dynamik sich nach innen selbst verstärkt und auch auf Westeuropa ausstrahlt, wo sie die unmittelbar negativen Produktionsverlagerungseffekte mehr als kompensiert und so die politische Akzeptanz erhöht.

Diese optimistische Perspektive stellt für Rumänien keine Utopie dar, sondern ein Potenzial, dessen Verwirklichung im Raum Timisoara oder auch in Sibiu bereits erste Konturen zeigt. Gleichwohl ist es vorerst vor allem ein Potenzial, und seine Verwirklichung verlangt eine angemessene wirtschaftspolitische Begleitung, die über die immer wieder genannten Transformations-Hausaufgaben hinausweist. An erster Stelle ist hier die Investition in Humankapital zu nennen, mit dem das Land immer noch gut, aber zunehmend weniger gut ausgestattet ist. Hinzu kommt die Entwicklung der physischen und institutionellen Infrastruktur sowie die gezielte Herausbildung regionaler industrieller »Cluster«. Dass die Makroökonomie stimmen muss, versteht sich von selbst. Aber die stimmt ja auch weitgehend.

Der seit 2000 anhaltende rasante Wirtschaftsaufschwung Rumäniens setzt sich vorerst mit unverminderter Geschwindigkeit fort (s. Tabelle, S. 6), und auch für die Zukunft herrscht derzeit allenthalben Optimismus. Rumäniens Außenminister Razvan Ungureanu sprach kürzlich gar vom europäischen »Tiger« Rumänien. Die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung verdankt sich wesentlich der europaweiten Produktionsverlagerung aus westlichen Hochlohnländern in östliche Niedriglohnländer, an der Rumänien seit mehreren Jahren partizipiert. Die Ausweitung der Produktions- und Exportkapazität mittels ausländischer Direktinvestitionen verbreiterte bislang ständig die Basis für jene Binnennachfrage, aus der sich das derzeitige schnelle Wachstum zu einem erheblichen Teil

speist (Bau und Dienstleistungen). Aber die Investition in immer größere Produktionskapazität für den Export ist natürlich kein Selbstläufer. Und die spektakuläre Aufwertung Rumäniens als Produktionsstandort seit Beginn des Jahrhunderts darf nicht die Defizite verdecken, die das Land hierbei im Vergleich mit konkurrierenden Ländern noch hat oder in Zukunft zu haben droht. Langfristig am bedenklichsten ist wahrscheinlich die Verschlechterung der Ausbildung, die seit der Revolution zu beobachten ist. Noch ist hier kein Gegensteuern in Sicht, was viel mit den ganz anderen Prioritäten der politischen Elite zu tun hat.

In der Diskussion der Wachstumsperspektiven für die rumänische Wirtschaft wird immer wieder das steigende Handelsbilanzdefizit angeführt, das über kurz oder lang ein Gegensteuern erforderlich mache. In der Tat ist dieses Defizit inzwischen auf über neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts angewachsen. Auch 2006 stiegen die Einfuhren mit 25 Prozent wieder erheblich stärker an als die Ausfuhren mit 16 Prozent. Aber in dieser Gleichung ist eine wichtige Besonderheit des neuen Rumänien nicht berücksichtigt. Das Land exportiert nicht nur Textilien, Fahrzeuge, Maschinen und dergleichen, sondern auch Arbeitskraft – in Form von im Ausland erbrachten Arbeitsleistungen. Auch hierfür fallen »Exporterlöse« an – in Form von Löhnen, die zu einem nicht unerheblichen Teil ins Heimatland transferiert werden. Diese erscheinen in der Außenhandelsstatistik nur zum Teil. Man nimmt an, dass etwa 40 Prozent davon über offiziell nicht erfasste Kanäle ins Land kommen. Das wären etwa 3,5 Milliarden Euro – ca. 40 Prozent des für 2006 erwarteten Leistungsbilanzdefizits.

Die Geldzuflüsse aus dem Ausland, sowohl die für dort geleistete Arbeit als auch Investitionen und Geldanlagen von Ausländern in Rumänien, können selbst als ein Faktor angesehen werden, der das Entstehen eines Importüberschusses begünstigt. Denn zum Teil sind sie von vornherein für die Finanzierung von Importen (z. B. Produktionsanlagen) bestimmt, zum Teil erhöhen sie die Kaufkraft der Einwohner, was seinerseits zu einer erhöhten Nachfrage nach Importen führt. Finden die Geldzuflüsse nicht ihren Weg in steigende Einfuhren, wirken sie wie ein Leistungsbilanzüberschuss und drücken den Wert des rumänischen Leu nach oben. Genau dies war in den Jahren 2004 und 2005 zu beobachten, als der Leu gegenüber Euro und Dollar in der Spitze bis zu 17 Prozent aufwertete. Auch heute bekommt man für die gleiche Menge Leu noch zwölf Prozent mehr Euro als Mitte 2004 – obwohl die rumänische Währung deutlich stärker an inländischer Kaufkraft einbüßte als der Euro.

Tabelle 1:
Eckdaten der Wirtschaftsentwicklung 2001–2006

		2001	2002	2003	2004	2005	2006 (vorläufig)
Reales Wirtschaftswachstum	in Prozent	5,7	5,0	4,9	8,3	4,1	7
Arbeitslosenquote	in Prozent	9,0	10,2	7,6	6,7	5,7	5
Inflationsrate	in Prozent	34,5	22,5	15,3	9,7	9,0	7,7
Exportwachstum	in Prozent	12,8	15,3	6,3	21,3	17,4	16
Leistungsbilanz	in Prozent des BIP			-5,6	-6,8	-8,7	-9,5
Saldo des Staatshaushalts	in Prozent des BIP	-3,2	-2,5	-2,0	-1,2	-0,8	-2,2

Das heißt, für einen Euro kann man heute etwa 25 Prozent weniger in Rumänien kaufen als noch vor zwei Jahren. In Deutschland hat die Kaufkraft des Euro dagegen nur um ca. vier Prozent nachgelassen.

Dieser kleine Exkurs sollte deutlich machen, dass das relativ hohe Leistungsbilanzdefizit bislang kein Faktor ist, der das rumänische Wirtschaftswachstum gefährdet. Auch die anderen makroökonomischen Rahmendaten sehen positiv aus. Die Inflation ist auf eine Spanne zwischen fünf und acht Prozent zurückgegangen (die Daten differieren), der Staatshaushalt weist 2006 ein Defizit von gut zwei Prozent aus (erheblich weniger als Deutschland und Frankreich). Die gesamte öffentliche Verschuldung liegt bei etwa 17 Prozent, die Auslandsverschuldung des Landes bei 30 Prozent – alles in allem eine ziemlich solide Basis für fortgesetztes Wirtschaftswachstum, solange dieses mit einer Ausweitung des Produktionspotenzials verbunden ist.

Einer neuen Gesellschaftsstruktur entgegen

Anhaltendes Wirtschaftswachstum verändert jede Gesellschaft nachhaltig. In Rumänien steht die Umwandlung einer noch weitestgehend agrar-

risch geprägten in eine urbane Gesellschaft nach dem Muster seiner westlichen Nachbarn an. Unter der Oberfläche der Kontinuität (nach einem wirtschaftlichen Wachstumsschub von etwa 35 Prozent in den letzten sechs Jahren lebt noch immer ein Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft) verbergen sich signifikante Veränderungen. Bis vor kurzem war die starke Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit im städtischen Bereich praktisch ohne Auswirkung auf die Gesamtzahl der Arbeitsplätze geblieben. Denn zur gleichen Zeit wurden im Zuge der Anpassung der alten Produktionsstrukturen immer noch Belegschaften verkleinert und Betriebe stillgelegt. Für eine massive Arbeitskräftewanderung vom Land in die Stadt fehlte deshalb das Jobangebot. Die neuen Wachstumsbranchen holten ihre Arbeitskräfte vorrangig aus dem städtischen Milieu. Das führte u. a. dazu, dass heute in Städten wie Timisoara (Temeswar), Bukarest oder Sibiu (Hermannstadt) praktisch Vollbeschäftigung herrscht und es zunehmend schwieriger wird, angemessen ausgebildete Arbeitskräfte zu bekommen.

Auf diese Weise ist in den Wachstumszentren des Landes eine neue, relativ junge Gesellschaftsschicht entstanden, die in sich stark diversifiziert ist, was Bildungsniveau, Einkommen und Lebensstil betrifft, die aber dennoch eine Gemeinsamkeit aufweist, die sie vom Rest der Bevölkerung unterscheidet. Sie arrangiert ihr Leben nach einer neuen Art in einem expandierenden Markt, der vielfältige Chancen und wenig Sicherheiten bietet – für Jobs, für Geschäfte, für selbständige Arbeit und für die diversen Kombinationen und Zwischenstufen. Sie spürt die reale Möglichkeit einer besseren materiellen Zukunft, ohne dass dies bereits eine sichere Erwartung wäre. Die Chancen, die die Gesamtperzeption prägen, auch wenn sie nicht unmittelbar für das eigene Fortkommen relevant sind, schließen den Arbeitsmarkt im westlichen Ausland, der zu einem festen Bestandteil der rumänischen »Realität« geworden ist, mit ein.

Die Bevölkerungsgruppe, die in den Wachstumsbranchen ihr Auskommen findet und ihr Fortkommen sucht, kann nur zum Teil als »neue Mittelschicht« begriffen werden, weil sie auch viele Menschen umfasst, die man aufgrund ihres Einkommens und ihres Lebensstils nach herkömmlichen Unterscheidungskriterien eher der Kategorie der Arbeiterschaft zuordnen würde.

Die moderne urbane Schicht hat gelernt (lernen müssen), dass die Chancen, die die expandierende Wirtschaft bietet, als Herausforderungen daherkommen, dass man sich selber kümmern muss. Sie sieht sich

darüber hinaus in einer »feindlichen« Arbeitswelt, in der mit »harten Bandagen« gekämpft wird und die wenig Gnade mit den Verlierern kennt – eine Welt, die man in Kontinentaleuropa gern als »angelsächsisch« bezeichnet. Dieser Kombination von Chancen einerseits und Rücksichtslosigkeit andererseits entspricht eine Einstellung, die Solidarität mit Kollegen eher in den Hintergrund und das eigene Fortkommen in den Vordergrund stellt. Verstärkt wird dies durch die Segmentierung der Arbeitnehmerschaft als Folge meist kleiner Betriebsgrößen und eines hohen Anteils an – tendenziell hierarchisch strukturierter – Büroarbeit. Unterstützung suchen die Nutznießer des Wirtschaftsaufschwungs in meist familiär geprägten Beziehungsgeflechten und nicht in kollektivem Vorgehen. Staatliche Institutionen werden eher als Hindernis denn als Hilfe gesehen. Das Wahrnehmen der Chancen, die sich in den letzten Jahren immer mehr bieten, wird für relevanter erachtet als eine staatliche Politik, die Chancen schafft. Entsprechend unpolitisch bzw. skeptisch gegenüber der Politik ist die Tendenz in dieser Bevölkerungsgruppe. Verstärkt wird die unpolitische Grundhaltung bei denen, die im Wirtschaftsaufschwung erwachsen wurden oder werden, durch eine starke Hinwendung zum Konsum und zur Welt der Stars und des schönen Scheins.

Aber in Teilen der jungen städtischen Bevölkerung ist auch eine Tendenz der ernsthaften Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Zuständen und den Möglichkeiten ihrer Gestaltung zu finden. Auch sie mündet einstweilen freilich eher in kritische Distanz zum Politikbetrieb als im Engagement darin.

Der insgesamt positive Ausblick, den die Menschen in den modernen Wirtschaftszweigen auf die Zukunft haben, ist die Folge einer ganz neuen Erfahrung, die gerade dabei ist, ins Bewusstsein zu sinken und Erwartungen zu prägen. Die wahrgenommenen Perspektiven können dabei eine Realität aufhellen, die für sich genommen alles andere als blendend ist. Nicht nur, dass die Entlohnung oft äußerst niedrig ist, auch die gesetzlich verbrieften Rechte der Arbeitnehmer werden in vielen Unternehmen, insbesondere auch Kleinunternehmen, grob missachtet. Die neue Welt der vielen Möglichkeiten ist weithin von Ausbeutung geprägt. Es ist eine Arbeitswelt, in der es ziemlich hemdsärmelig zugeht. Es ist fraglich, ob dies für immer hingenommen wird. Die – wenn auch noch vage – Perspektive vielfältiger neuer Chancen, die in den letzten Jahren entstanden ist, birgt kollektives Frustrationspotenzial für den Fall, dass die Wirtschaftsentwicklung längere Zeit ins Stocken geraten sollte.

Derzeit bestimmt jedoch der wirtschaftliche Aufschwung mit seinen zunehmenden Möglichkeiten, Geld als Arbeitnehmer, Selbständiger oder Schwarzarbeiter zu verdienen, die Realität in den Wachstumszentren Rumäniens. Die Mehrheit der Bevölkerung hat bislang nicht direkt teil an der dortigen Dynamik. Ihr Leben wird unmittelbar von traditionellen Wirtschaftsmustern geprägt – sei es in den diversen Ämtern der öffentlichen Hand, im Schulbetrieb, in der Landwirtschaft oder in den stark geschrumpften alten Industrien. Aber die Wirtschaftsdynamik in Teilen Rumäniens strahlt indirekt auch auf diese traditionellen Arbeitswelten aus. Selbst in abgeschiedenen agrarischen Gegenden, in denen die Zeit seit Jahrzehnten still zu stehen scheint und der Pferdewagen noch ein gebräuchliches Fortbewegungsmittel ist, verändert sich das Leben, weil mehr und mehr junge Leute ihr Glück anderswo versuchen. Bis heute waren dabei die Arbeitsmärkte im Westen Europas wichtiger als die in Bukarest, Timisoara oder Sibiu. In der Tat sollen 40 Prozent aller Haushalte in Rumänien, und sehr viele davon auf dem Land mindestens ein Mitglied haben, das Arbeitserfahrung im Ausland hat.

Die These kann gewagt werden, dass jetzt, wo die Strukturanpassung soweit abgeschlossen ist und der Wirtschaftsaufschwung mehr und mehr zu einer Netto-Jobausweitung führt, eine gewaltige Migration vom Land in die Stadt ansteht. Es werden die jungen Leute sein, die der Landwirtschaft den Rücken kehren, so wie sie es überall anderswo in der industrialisierten Welt auch getan haben. Die jetzige in der Landwirtschaft aktive Generation wird sich aus Altersgründen sukzessive zurückziehen. Über kurz oder lang werden kapitalstarke moderne, meist ortsfremde Landwirte Acker- und Weideland aufkaufen, wie dies im Westen Rumäniens (dort sind es ganz besonders österreichische Firmen) bereits gängige Praxis geworden ist. In anderen Worten: Die im europäischen Vergleich extrem agrarische Prägung Rumäniens wird wahrscheinlich ein rasches Ende haben. Die Frage ist, ob die bevorstehende Entvölkerung des ländlichen Raumes in einem Tempo erfolgt, das der Absorptionfähigkeit des expandierenden modernen Sektors entspricht. Wenn die wachsende Attraktivität der Stadt große Teile der jungen Generation zum Verlassen des Landes bewegt, ohne dass »ordentliche« Jobs verfügbar sind, wird soziales und politisches Konfliktpotenzial entstehen, wie es Rumänien bisher dank seiner großen prämodernen Subsistenz-Landwirtschaft erspart geblieben ist. In dieser Gleichung wird die Arbeitsmigration ins Ausland weiterhin eine entscheidende Rolle spielen. Die Arbeitsmärkte des Westens haben eine ähnliche soziale Ventilfunktion,

wie sie seinerzeit die Auswanderung nach Amerika hatte. Allerdings wird der Problemdruck in Rumänien durch die geringe Kinderzahl, die auch in den meisten ländlichen Familien zur Norm geworden ist, verringert.

Die Zukunft der sozialen Frage

Rumänien ist nicht nur immer noch ein sehr armes Land; es ist auch ein Land mit sehr viel Armut. Von extremer Armut, für die die Weltbank einen Schwellenwert von zwei Dollar pro Tag und Person ansetzt, ist etwa ein Achtel der Bevölkerung betroffen. Weniger rigorose Definitionen lassen die Zahl der Armen auf bis zu einem Drittel der Bevölkerung anschwellen. Aber die Armut hat in Rumänien bislang einen stark ländlichen Akzent. Die Masse der Subsistenz-Bauern und ihrer Familien hat kaum ein Geldeinkommen und muss, obgleich sie nicht hungert, mit einem extrem niedrigen Lebensstandard vorlieb nehmen. Dieser Aspekt der Armut dürfte in den nächsten Jahren stark an Bedeutung verlieren, weil, wie vorn ausgeführt, die junge Generation der Landbevölkerung in die Stadt zieht.

Dadurch wird allerdings nicht unbedingt die Armut allmählich aus Rumänien verschwinden. Die Frage nach der sozialen Integration der wachsenden Stadtbevölkerung wird in den Mittelpunkt rücken, wie es dem Normalfall in modernen Gesellschaften entspricht. In einem günstigen Szenario wird das Wirtschaftswachstum im Verbund mit der Arbeitsmigration ins Ausland dafür sorgen, dass die Arbeitslosigkeit weiterhin in Grenzen bleibt. Aber für viele werden die Löhne auf absehbare Zeit niedrig bleiben. Auch wenn man die Individuallöhne zu Familieneinkommen addiert, wird die Kaufkraft nicht ausreichen, um sich zwei Dinge zu leisten, die für soziale Teilhabe wesentlich sind und die im Westen seit vielen Jahrzehnten als »gang und gäbe« angesehen werden: Zugang zu guter Ausbildung und zu guter Behandlung im Krankheitsfall. Mit beiden Aspekten sieht es in Rumänien schlecht aus.

Das öffentliche Bildungssystem, das in kommunistischen Zeiten sehr gut war, auch wenn nicht unbedingt die modernsten didaktischen Konzepte angewandt wurden, ist dabei zu verfallen. Gute Ausbildung wird mehr und mehr zu einem Gut, für das man an privaten Bildungseinrichtungen zahlen muss. Das heißt, die Kinder derer, die nicht bezahlen können, müssen sich mit schlechterer Ausbildung begnügen und haben entsprechend schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dies liegt

wesentlich daran, dass dem Bildungswesen in der Zuteilung staatlicher Mittel nicht die nötige Priorität zuerkannt wird (niedrige Entlohnung für Lehrer, schlechte Ausstattung), und dass die weit verbreitete Korruption im Schulbetrieb (bezahlter Nachhilfeunterricht ist wichtiger als Unterricht in der Klasse, gute Noten werden gegen Bezahlung vergeben) toleriert wird. Aber auch das private Ausbildungswesen ist nicht ausschließlich an Qualität orientiert. Besonders im höheren Bildungsbereich sind private Einrichtungen dafür bekannt, dass sie niedrige Leistungsstandards ansetzen und gegen gutes Geld leicht zu erwerbende Ausbildungszertifikate ausstellen.

In Rumänien gilt heute wieder: Wer nicht zahlen kann, wird im Krankheitsfall weniger gut behandelt, ist im Durchschnitt weniger gesund, muss bei chronischen Krankheiten mehr leiden, wird eher behindert und stirbt früher. Das öffentliche Gesundheitssystem verweigert offiziell viele Leistungen, die für die Wiederherstellung und den Erhalt von Gesundheit notwendig wären. Darüber hinaus werden selbst die zulässigen Leistungen oft nur gegen Bestechungsgeld erbracht. Der Hauptgrund für den niedrigen Leistungsstandard dieses Systems ist nicht der Mangel an Geld (obwohl mangelnde Mittelzuteilung auch hier eine Rolle spielt), sondern die Unfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, das ihr anvertraute System effizient und korruptionsfrei zu betreiben. Dahinter steht letztlich auch wieder die geringe Priorität, die die Regierungen de facto der Gesundheitsfürsorge für die Armen zumessen. Sie hat zur Folge, dass eine grundlegende Reform gar nicht erst in Betracht gezogen wird. Man bleibt im Rahmen des bestehenden Systems mit seinen immanenten Unzulänglichkeiten und begnügt sich damit, ohne viel Wirkung permanent an kleinen Stellschrauben zu drehen. Die Defizite des Bildungs- und Gesundheitssystems bewirken, dass die großen Einkommensunterschiede, die der kapitalistische Arbeitsmarkt – man könnte sagen: unvermeidlich – hervorbringt, in voller Härte auf die Verteilung der Lebenschancen durchschlagen. Denn zwei der wichtigsten »öffentlichen Güter« sind nicht richtig verfügbar. Es ist zu erwarten, dass viele Familieneinkommen im Zuge eines fortgesetzten Wirtschaftsaufschwungs steigen werden. Aber erstens werden viele auch nicht für lange Zeit steigen und zweitens wird sich mit zunehmendem Lohnniveau auch der Preis für private Bildung und private Gesundheit erhöhen, so dass diese Dinge nicht unbedingt in die finanzielle Reichweite von immer mehr Menschen gelangen.

Fortgesetztes Wirtschaftswachstum wird also – falls es nicht zu signifikanten sozialstaatlichen Reformen kommt – die bereits jetzt beste-

hende soziale Polarisierung auf einem höheren Einkommensniveau weiterführen und mit einem urbanen Akzent versehen. Sie wird die Polarisierung insofern verschärfen, als breitere Schichten in den Genuss eines bescheidenen Wohlstands gelangen, während andere in der Armut verharren. Das heißt, die jetzt noch das Bewusstsein bestimmende Gemeinsamkeit der »Armut« (von der sich eine kleine Gruppe Neureicher abhebt) wird mehr und mehr einer stärkeren sozialen Schichtung weichen. Statt einer breiten Masse von »Transformationsverlierern« wird es eine kleinere Schicht von »Modernisierungsverlierern« geben, die sich auf Dauer nicht mehr als Teilhaber eines kollektiven nationalen Schicksals wahrnehmen kann. Es wäre verfrüht darüber zu spekulieren, wie sich dies auf die Artikulation von politischen Forderungen auswirken wird.

Es zeichnet sich ab, dass es auch mit fortschreitendem allgemeinen Wohlstand extreme Altersarmut in Rumänien geben wird. Dies liegt an der rapiden Alterung der Gesellschaft, der nicht so sehr verlängerte Lebenszeiten zugrunde liegen als eine sehr niedrige Geburtenzahl. Die momentan vorbereitete Einführung einer zweiten, auf Kapitalbildung basierenden Säule der Altersvorsorge, wird zwar die akute Krise des umlagefinanzierten Rentensystems lindern. Aber sie wird vorbeigehen an denjenigen, die während ihres aktiven Lebens keinen hinreichenden Kapitalstock ansparen (können). Von weit verbreiteter informeller, und das heißt beitragsfreier, Arbeit einmal abgesehen, müssen diejenigen, deren Einkommen am Rande des Existenzminimums liegen, eine extrem hohe Sparleistung erbringen, wenn sie dieses Einkommen auch für einen, sagen wir, zwanzig Jahre währenden Lebensabend finanzieren wollen. Auch für dieses Problem gibt es sozialstaatliche Lösungen. Aber das lenkt den Blick wiederum auf die Kapazität des politischen Systems, derartige Lösungen hervorzubringen.

Die neue Staatsbourgeoisie

Es ist die politische Dimension, in der die Haupterrungenschaft der Revolution von 1989 zweifellos gesehen werden muss. Für die Befreiung von der Diktatur und die Etablierung eines freiheitlichen Systems bezahlte das rumänische Volk einen ungemein hohen wirtschaftlichen Preis. Es ist heute müßig zu diskutieren, ob dieser Preis notwendig war. Seit einigen Jahren hat nun ein Prozess eingesetzt, der für Rumänien steigen-

den Wohlstand verspricht. Hingegen ist die Politik zur dunklen Seite des Übergangs geworden.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes und die totale Diskreditierung seiner staatlichen Ordnung hat für eine neue politische Elite den Freiraum geschaffen, den Zugriff auf den Nachfolgestaat zur eigenen Bereicherung zu nutzen. Die Etablierung einer repräsentativen Demokratie, die in Rumänien nicht so reibungslos vonstatten ging wie in vielen anderen postkommunistischen Staaten Europas, hat diesen Freiraum nicht wesentlich eingeschränkt. Sie hat ihn eher mit einem Legitimitätsrahmen versehen. Die demokratischen Prozeduren segnen die Besetzung der entscheidenden Kontrollpositionen gleichsam ab, aber sie haben bis heute nicht verhindern können, dass der Zugriff auf die Staatsgewalt in massiver Weise für den eigenen Vorteil und zum Schaden des Gemeinwohls missbraucht wird. Der Gewinn der Wahlen stellt der siegreichen Elitengruppe de facto den Freibrief hierfür aus. Dies ist möglich,

- ▶ weil die demokratischen Kontrollmechanismen (freie Wahlen, Gewaltenteilung, Gegensatz von Regierung und parlamentarischer Opposition) allein nicht ausreichen, um ein gutes Regieren und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen, und
- ▶ weil jene anderen Mechanismen, die in gut funktionierenden Demokratien dafür sorgen, dass die Regierenden die Interessen der Regierten nicht zu sehr vernachlässigen, in Rumänien fehlen.

Das Letztere ist der entscheidende Punkt. Der allergrößte Teil der Bevölkerung hat keine Interessenverbände, die die Belange ihrer Mitglieder wirksam in den politischen Entscheidungsprozess einbringen. Das gilt auch für die meisten Arbeitnehmer. Die politischen Parteien, denen in der Demokratietheorie die Funktion zugeschrieben wird, gesellschaftliche Interessenlagen in politische Programmatik umzusetzen, nehmen diese Funktion in Rumänien nicht wahr. Bei den Parteien handelt es sich vielmehr um Zusammenschlüsse von Politunternehmern zum Zweck, Zugriff auf die Staatsgewalt und die damit verbundenen Vorteile zu erlangen. Von den Minderheitenvertretungen der Ungarn und Deutschen abgesehen, sind die rumänischen Parteien weder in gesellschaftlichen Interessenlagen, noch in politischen Überzeugungsgemeinschaften verankert. Die Parteiliten sind deshalb auch keiner Basis Rechenschaft schuldig, sondern lediglich ihren eigenen oligarchischen Zirkeln.

Innerhalb der Parteien findet sich das gleiche Muster wie in der politischen Klasse insgesamt. Rivalisierende Gruppierungen bekämpfen sich

heftig, aber sie kontrollieren sich nicht auf die Förderung des Gemeinwohls hin. Denn die maßgeblichen Kräfte innerhalb der Parteien verbindet ein gemeinsames Interesse an der Instrumentalisierbarkeit der Staatsfunktionen für den eigenen Vorteil. Dies mag als ein extrem harsches Urteil über die Integrität der rumänischen Politiker erscheinen. Aber nicht die Integrität der Politiker ist der springende Punkt. Es sind die Strukturen, die dem Streben nach Eigennutz einen zu großen Freiraum gewähren. Dass Politunternehmer die Chancen zur Nutzung der Staatsgewalt für den eigenen Vorteil erkennen und mit Einsatz und Intelligenz wahrnehmen, ist zu erwarten, wo solche Chancen bestehen. Und sie bestehen dort, wo man Politunternehmer gewähren lässt. Anders ausgedrückt: Das Problem ist nicht die Integrität der Politiker, es sind die Strukturen, die Integrität erzwingen oder nicht.

Dies führt zurück zu der Feststellung, dass in der politischen Gleichung des postkommunistischen Rumäniens die organisierte Bevölkerung fehlt. Der Grund hierfür liegt darin, dass es beim Übergang vom Kommunismus zur Demokratie und zur kapitalistischen Marktwirtschaft nur eine weitgehend unstrukturierte Gesellschaft gab. Gesellschaftliche Interessenlagen («Klasseninteressen» im Weberschen Sinn) mussten sich erst langsam mit dem Entstehen der neuen Wirtschaftsstruktur herausbilden. Es gab eigentlich nur Arbeitnehmer («Werktätige») und die ehemalige »Nomenklatura«. Anders als etwa in Polen gab es auch keine institutionell verankerten politischen Kräfte, wie unabhängige Gewerkschaften oder ein kirchliches Lager. Die einzige Ausnahme bildete wahrscheinlich die ungarische Minderheit, die ein gewisses Volksgruppeninteresse aus der Vergangenheit bewahrt hatte.

Vor allem aber fehlte ein Unternehmertum, das sein Interesse in Distanz zum Staat begriffen und sich von daher gegen verzerrende staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen gewehrt hätte. Stattdessen erschuf sich die politische Elite gleichsam als neue Staatsbourgeoisie, indem sie den Zugriff auf die Staatsgewalt zur Entwicklung profitabler Geschäftstätigkeit instrumentalisierte. In der ersten Phase geschah dies durch die Überführung von Staatseigentum in Privateigentum zu extrem günstigen Bedingungen. Im Klartext: Der Staat (und das heißt letztlich das Volk) wurde systematisch geplündert. Heute neigt sich die Privatisierungsphase dem Ende zu, aber der Zugriff auf den Staat ist weiterhin das eigentliche »Kapital« der neuen Politbourgeoisie. Der manipulierte Staat greift zum Nutzen seiner Manipulatoren systematisch in den Markt ein. Er kauft Waren und Dienstleistungen zu überhöhten Preisen und er ver-

kauft unter Wert. Das impliziert, dass der Leistungswettbewerb zugunsten der einflussreichen Insider ausgeschaltet wird.

Die neue Staatsbourgeoisie hat, wie alle Unternehmer, wohl ein Interesse daran, von staatlich durchgesetzten Auflagen und Steuern zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben möglichst wenig belastet zu werden. Ihr ist aber überhaupt nicht daran gelegen, dass sich der Staat aus dem Wirtschaftsleben heraus hält. Im Gegenteil, ihr liegt daran, dass der Wettbewerb vom Wirtschaftsgeschehen fern gehalten wird. Statt eines Gegensatzes zwischen Staat und Privatsektor ist der privatisierte Staat ein wesentliches Strukturmerkmal der neuen politischen Ökonomie Rumäniens.

Korruptionsbekämpfungstheater

Die Schwachstelle dieser neuen politischen Ökonomie ist freilich ihr eklatanter Mangel an Legitimität. Ihr allgemein benutzter Name ist »Korruption«. Das heißt, sie steht im krassen Gegensatz zu den bekundeten Grundwerten des demokratischen postkommunistischen Staatswesens. Korruption muss bekämpft werden. Aber die, die sie bekämpfen sollen, haben ein mehr als nur oberflächliches Bereicherungsinteresse an ihr entwickelt, in dem Sinne, dass man sich die einträglichen Gelegenheiten ungern entgehen lässt. Die systematische Übervorteilung des Gemeinwohls mit Hilfe des privatisierten Staates ist die Grundlage der Profite der Staatsbourgeoisie. Sie steht im Zentrum ihres Klasseninteresses. Es gilt also, Korruptionsbekämpfung so zu manipulieren, dass sie ihre Gefährlichkeit verliert.

Auf lange Frist gebietet das Interesse der Staatsbourgeoisie, sich vom Staat zu emanzipieren und in Märkten Fuß zu fassen, in denen sich Profite auch ohne staatliche Manipulation des Marktes – und somit ohne Manipulation des Staates – erzielen lassen. Mit zunehmender Vermögenanhäufung und -streuung, vor allem durch Beteiligung an wettbewerbsstarken ausländischen Unternehmen, sollte dies allmählich gelingen. Vorerst aber wird ein Korruptionsbekämpfungstheater aufgezogen, das mit permanentem gesetzgeberischen Aktivismus einhergeht, das aber lediglich in den Randbereichen, in denen das Klasseninteresse der Staatsbourgeoisie nicht betroffen ist, Wirkung zeigt. So wie die sizilianische Mafia Kleinkriminalität unter Kontrolle hält, ist auch der postkommunistischen Staatsbourgeoisie in Rumänien durchaus daran gelegen,

wegzukommen von der Anrühigkeit auf Schritt und Tritt feststellbarer Kleinkorruption. So kann man Fortschritte in der Konsolidierung des Rechtsstaats aufweisen und außerdem eine wirtschaftliche Dynamik fördern, die auch für die Staatsbourgeoisie neue Perspektiven verspricht. Wichtig aber ist es,

- ▶ den neu erworbenen Reichtum vor rückwirkender Korruptionsbekämpfung zu schützen und
- ▶ auf absehbare Zeit die Türen für Bereicherung mit Hilfe politischen Einflusses offen zu halten.

In einer auf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit festgelegten Demokratie ist Intransparenz die Grundbedingung fortgesetzter Korruption. Diese Intransparenz zu erhalten, darauf zielt der »Guerillakrieg«, den die politische Klasse Rumäniens derzeit gegen den Rechtsstaat führt. Die Kontrollmechanismen, die man im Rahmen des Korruptionsbekämpfungstheaters etabliert, werden immer wieder so weit entschärft, dass die Staatsbourgeoisie mit ihnen leben kann. Bei den entscheidenden Abstimmungen im Parlament wirken dabei unter mannigfachen Vorwänden auch diejenigen politischen Kräfte mit, die unter dem Banner der Rechtsstaatlichkeit Ende 2004 die Macht im Staat den als besonders korrupt verschrienen Sozialdemokraten entrungen hatten. Dies war erst im Oktober 2006 wieder zu beobachten, als die einzusetzende »Nationale Integritätsagentur« in ihren Funktionen auf ein äußerst bescheidenes Maß zurechtgestutzt und praktisch »zahnlos« gemacht wurde. Nichts anderes ist auch zu erwarten, wenn man Korruption nicht primär als individuelle Verhaltensvariable, sondern als systemimmanentes Merkmal der postkommunistischen politischen Ökonomie begreift. Ein anderes Beispiel für den »Guerillakrieg« der politischen Elite gegen den Rechtsstaat ist die Praxis, öffentliche Beschaffungsvorgänge zu »Dienstgeheimnissen« zu erklären, zu denen auch Staatsanwälte und Richter keinen Zugang haben.

Bestandteil des Korruptionsbekämpfungstheaters sind auch Verdächtigungen und Anklagen gegen einzelne Personen. Diese haben bislang aber nur selten zu Verurteilungen geführt. Meist verlaufen sie irgendwie im Sande, nachdem eine Zeit lang viel öffentliches Aufheben gemacht wurde. Ein Paradebeispiel ist die Anklage gegen den sozialdemokratischen Ex-Premierminister Adrian Nastase, der als einer der erfolgreichsten Vertreter der neuen Staatsbourgeoisie angesehen wird. Solche Anklagen und Verdächtigungen, die natürlich auch für die Auseinandersetzung mit politischen Gegnern instrumentalisiert werden, bestärken in der Öffentlichkeit ein Bild von Korruption, das der Staatsbourgeoisie nur Recht sein

kann. Es ist ein Bild von schwarzen Schafen, die das Land und seine politische Klasse in Misskredit bringen und gegen die man etwas unternimmt. Es ist auch ein Bild des zwar zähen, aber dennoch stattfindenden Fortschritts im Kampf gegen die Korruption. In dieses Bild passen »Heldinnen und Helden der Integrität« wie die derzeitige Justizministerin Monica Macovei, die der Staatsbourgeoisie wegen ihres »Fundamentalismus« zwar ein Dorn im Auge ist, die aber andererseits das Korruptionsbekämpfungstheater vortrefflich belebt.

Widerstandsperspektiven: Gegeneliten und Interessengruppen

In Rumänien hat sich eine Normalität breit gemacht, in der die Bereicherung durch politische Manipulation einerseits an der Tagesordnung ist, andererseits aber als hartnäckiges Übergangsproblem perzipiert wird, an dem eben noch lange zu arbeiten ist. Das Skandalon der fortgesetzten Korruption wird dadurch »auf kleiner Flamme« gehalten, das System selbst stabilisiert. Auch die Demokratie, in deren Rahmen der ständige Diebstahl am »Volk« stattfindet, wird nicht diskreditiert. Aber die Kosten sind dennoch erheblich und könnten auf längere Frist Widerstand auslösen. Es geht nämlich nicht nur um den materiellen Schaden, der dem Land entsteht (schlechtes Preis-Leistungs-Verhältnis für den Steuerzahler). Es geht auch um die Qualität des Regierens insgesamt. Die Energien der politischen Klasse werden durch ihre Interessen als Staatsbourgeoisie absorbiert. Die Sorge um das Gemeinwohl tritt demgegenüber zurück. Die Regierungsagenda auf den verschiedenen Ebenen wird vorrangig an den geschäftlichen Interessen der Staatsbourgeoisie und an den Positionssicherungsinteressen der konkreten Amtsinhaber ausgerichtet. Aufwändige Vorhaben zur Gestaltung von Staat und Gesellschaft müssen sozusagen mit der Restenergie von Ministern, Bürgermeistern, Parlamentariern etc. vorlieb nehmen. Dinge, die aus der Staatsbourgeoisie-Perspektive keinen Ertrag abwerfen oder gar gefährlich werden könnten, wie etwa eine durchgreifende Modernisierung der staatlichen Verwaltung, werden gar nicht erst in Angriff genommen. Das ist die Tendenz.

Was kann die Kreise der Staatsbourgeoisie stören? Zwei mögliche Entwicklungen:

- ▶ Eine idealistisch gesinnte Gegenelite nutzt die latente Unzufriedenheit der Bevölkerung, um entscheidende staatliche »Kommandoposi-

tionen« zu besetzen, und schafft transparente Prozeduren für die Ausübung staatlicher Hoheitsgewalt.

- Signifikante Gruppen der Bevölkerung organisieren sich und üben Druck auf die politische Elite aus, um Transparenz durchzusetzen.

Die erste Möglichkeit stellt Elitenverhalten in den Vordergrund, die zweite die Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen. Aber auch die erste Möglichkeit leitet sich aus der oben beschriebenen Struktur der politischen Ökonomie des postkommunistischen Rumänien ab. Denn auch wenn es der Staatsbourgeoisie gelungen ist, sich im System der repräsentativen Demokratie sozusagen einzunisten, so ist sie dennoch weit entfernt von »Hegemonie« in dem Sinne, dass ihre Position weithin als normal, rechtens und im Einklang mit dem Gesamtinteresse angesehen wird. Die Legitimität des Systems ist prekär. Es ist in hohem Maße verwundbar gegenüber angemessen vorgetragenen Gegenentwürfen. Die Diskrepanz zwischen rechtsstaatlichem Anspruch und korrupter Realität wird zwar von weiten Teilen der Bevölkerung derzeit mit zynischer Resignation hingenommen, aber es herrscht auch Unzufriedenheit. Die Zustände im Lande beleidigen das kollektive Selbstwertgefühl als Nation. Zumindest für Teile der intellektuellen Elite stellen sie eine Herausforderung dar, auf die ohnmächtiger Zynismus nicht unbedingt die einzige Antwort ist. Bislang dominierte bei denjenigen, die sich nicht resignativ in die Privatsphäre zurückziehen wollen, das zivilgesellschaftliche Engagement entweder außerhalb der Politik oder in deren kritischen Kommentierung.

Es gibt auch Idealisten, die in politischen Parteien aktiv sind, dort aber bislang nicht das Geschehen bestimmen, sondern eher den Nebelschleier verstärken, hinter dem die Staatsbourgeoisie ihre Geschäfte macht. Es ist theoretisch vorstellbar, dass die Idealisten in einer Partei das Kommando übernehmen und mit der solcherart »umgepolten« Partei die Macht im Staat erobern. Ernsthafte Anzeichen hierfür sind in Rumänien allerdings noch nicht in Sicht. Es bedürfte dazu einer vorausgehenden Phase der Bewusstseinsbildung in einer Gruppe Gleichgesinnter, einer daran anschließenden »konspirativen« Phase, in der das Projekt der internen »Machtergreifung« erarbeitet wird, und mindestens einer charismatischen Führungspersönlichkeit. Auf längere Frist erscheint das Entstehen rechtsstaatlich gesinnter »Jungtürken«-Gruppierungen innerhalb etablierter Parteien nicht unwahrscheinlich. Dafür spricht u. a. die Anbindung der Parteien an europäische Dachorganisationen (»politische Familien«).

Eine andere Alternative der Machtverschiebung zugunsten der Rechtsstaatlichkeit ist das Entstehen einer Bewegung, die in der politischen Arena gegen die etablierten Parteien antritt. Derartiges gab es in Rumänien auf lokaler Ebene, in der zentralrumänischen Stadt Sibiu (Hermannstadt), wo Klaus Johannes, der Kandidat der winzigen deutschsprachigen Minderheit, 2004 mit weit über 80 Prozent aller Stimmen als Bürgermeister bestätigt worden ist. Dort bekam seine Gruppierung, das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien, die dominierende Position im Stadtrat und im Rat des gleichnamigen »Judet« (territoriale Verwaltungseinheit, die etwa einem französischem Departement entspricht) von den – ganz überwiegend nicht deutschen – Wählern zugesprochen. Was sich in Sibiu ereignete, war nichts weniger als eine demokratische Revolution, gleichsam ein Plebiszit gegen die etablierten Parteien, für eine Alternative der Effizienz und Rechtsstaatlichkeit. Dazu bedurfte es des persönlichen Charismas des »antipolitischen Machers« Klaus Johannes, aber auch eines Gruppendiskurses, in dem sich das Projekt »Alternative für Sibiu« entwickeln konnte.

Ein »Phänomen Johannes« ist auf nationaler Ebene vorstellbar, aber nicht in Sicht. Eher besteht die Gefahr, dass aus der Diskreditierung der politischen Klasse und ihrer Parteien ein populistischer »Antipolitiker« Nutzen zieht, der viel verspricht, wenig hält und stattdessen stark emotionale und ressentiment-geladene Akzente setzt. Derartiges deutete sich bereits mit dem zeitweiligen Aufstieg des Führers der Großrumänien-Partei, Vadim Tudor, an. Neuerdings hat der neureiche Fußballclub-Besitzer Gigi Becali mit einem oberflächlich religiös eingefärbten populistischen Diskurs vor allem bei jungen Leuten aus dem einfachen Volk einen gewissen Erfolg. Auch die anhaltende Popularität des Staatspräsidenten Traian Basescu basiert wesentlich auf einem politikkritischen Saubermann-Diskurs. Sollte ein Tudor oder Becali mit mehr Format erscheinen, ist es vorstellbar, dass Rumänien – vorübergehend – eine starke Rechtswendung vollzieht, von der freilich die Staatsbourgeoisie nichts zu fürchten hätte.

Da eine unorganisierte, amorphe Bevölkerung wesentlicher Bestandteil jenes Syndroms ist, das die postkommunistische Staatsbourgeoisie hervorgebracht hat, liegt die Frage nahe, ob diese Bedingung anhalten wird. Der neuen kapitalistischen Wirtschaft entsprechen neue Interessenlagen, die sich früher oder später auch in entsprechenden Organisationen wiederfinden dürften. Widerstandspotenzial gegen die Staatsbourgeoisie besteht dabei vor allem bei der Arbeitnehmerschaft und bei denjenigen

Unternehmen, die ihre Geschäfte nicht mit Hilfe politischer Manipulation, sondern gestützt auf ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit machen.

Das Widerstandspotenzial der Arbeitnehmer ist allerdings fürs Erste an der Entfaltung gehemmt, weil es vielfach (noch) in gewerkschaftliche Organisationen eingebunden ist, deren Führung selbst in einem weiteren Sinne Teil der Staatsbourgeoisie ist. Hier müssten zunächst ähnliche interne »Revolutionen« stattfinden, wie sie oben für die Parteien angedacht wurden. Das unternehmerische Widerstandspotenzial hingegen muss erst an wirtschaftlicher Kraft gewinnen, um die Staatsbourgeoisie ernsthaft herausfordern zu können. Dazu bedarf es noch Jahre kräftiger Wirtschaftsentwicklung.

Das Normenkorsett der Europäischen Union

Der nationale Wunsch, in die Europäische Union aufgenommen zu werden, hat das Land den strengen Auflagen unterworfen, die die Union seit einiger Zeit neuen Beitrittskandidaten macht. Das hat die politische Elite gezwungen, Strukturen der Rechtsstaatlichkeit zu etablieren, die sie ohne diesen Druck wohl nicht annähernd geschaffen hätte. Man kann sagen, sie hat es zähneknirschend getan, und sie gibt sich bis heute große Mühe, die Wirksamkeit der von der EU durchgesetzten Strukturen abzumildern, um sich Straflosigkeit für illegale Bereicherung in der Vergangenheit zu sichern und die Türen für künftige Geschäfte mit Hilfe des manipulierten Staates offenzuhalten. Jetzt, nachdem der Beitritt geschafft ist, lässt der Handlungsdruck, die ungeliebte Rechtsstaatlichkeit voranzubringen, etwas nach. Aber Rumänien bleibt in das Normengerüst der Europäischen Union eingebunden. Es bleibt weiterhin der Beobachtung durch die Union unterworfen. Und es muss sich auf Sanktionen einstellen für den Fall, dass EU-Normen zu gröblich verletzt werden.

Wahrscheinlich ebenso wichtig wie das fortgesetzte offizielle Monitoring ist der Rückhalt, den die EU-Normen denjenigen geben, die in Rumänien den Kampf um mehr Rechtsstaatlichkeit führen. Jenseits aller offiziellen Sanktionsmechanismen, die immer von politischen Opportunitätsgesichtspunkten gefiltert werden, bietet die Union eine Öffentlichkeit, in die der Kampf gegebenenfalls getragen werden kann. All das wird die rumänische Staatsbourgeoisie nicht in die rechtsstaatliche Disziplin zwingen, solange der Druck von innen nicht stärker wird. Aber die Tatsache, dass die EU-Mitgliedschaft ein permanentes Ausgesetztsein gegen-

über europäischer Einmischung auf vielfältigen Ebenen (offiziellen, halboffiziellen und privaten) bedeutet, sollte rumänische Kämpfer für Rechtsstaatlichkeit stärken.

Indirekt kommt die EU-Mitgliedschaft der Sache der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien auch dadurch entgegen, dass sie das Zutrauen des internationalen Kapitals gegenüber Rumänien festigt und dadurch den wirtschaftlichen Aufschwung begünstigt. Dieser aber sollte langfristige Kräfte stärken, die auch in der politischen Arena aktiv für Rechtsstaatlichkeit eintreten.

Die politische Öffentlichkeit in Rumänien selbst stellt einstweilen einen ganz anderen Aspekt der EU-Mitgliedschaft in den Vordergrund, nämlich die EU-Gelder, die dem Land jetzt zustehen. Es entsteht Druck, die öffentliche Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen dazu zu befähigen, diese Gelder gemäß den strengen EU-Regeln auch tatsächlich abzurufen und auszugeben. Dies ist sicher positiv. Andererseits wäre es naiv, die Begehrlichkeit außer Acht zu lassen, die große, durch staatliche Kanäle fließende Geldsummen bei der Staatsbourgeoisie wecken muss. Ebenso naiv wäre es, zu glauben, die EU-Regeln seien ein hinreichend sicheres Bollwerk gegen die raffinierte Veruntreuung von Geldern. Die Staatsbourgeoisie hat im ständigen Kleinkrieg gegen den Vormarsch der Rechtsstaatlichkeit ihre Methoden verfeinert. Die EU-Gelder sind wie ein Goldtransport im Wilden Westen: eine große Beute, die Banditen gleichsam auf den Plan rufen muss.

Aber auch dies birgt eine Chance für die politische Entwicklung in Rumänien. Wie Venelin Ganev dargelegt hat, ist der Freiheitsraum der postkommunistischen Kleptokraten darin begründet, dass sich niemand bestohlen fühlt. Die Befürchtung, dass die Mittel, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zum Nutzen seiner Bürger voranbringen sollen, zur Beute der Korruption werden, könnte politische Energien mobilisieren, dies zu verhindern.

Fortschritte und Lichtblicke

Es ist schwer, ein kohärentes Schema für gesellschaftlichen Wandel zu skizzieren. Gesellschaftlicher Wandel selbst ist inkohärent, von Gleichzeitigkeiten unterschiedlicher Entwicklungen und sogar Gegenläufigkeiten gekennzeichnet und letztlich von Kontingenzen bestimmt, die analytisch kaum zu erfassen sind.

Ein mögliches Szenario für Rumänien ist das eines europäischen »Tigerlandes«, das die Begrenzungen seiner heutigen Strukturen samt den zugehörigen Mentalitäten zügig hinter sich lässt, neue gesellschaftliche Interessenlagen hervorbringt und mit neuen Problemen konfrontiert wird. Die Frage ist, ob dies ohne ein nationales politisches Projekt, allein getragen von »apolitischen« wirtschaftlichen Akteuren und sozusagen an der politischen Klasse vorbei, abgesichert nur durch den von der EU auferlegten Disziplinrahmen, vorstellbar ist. Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios dürfte im Übrigen ebenso viel von der Dynamik des gesamteuropäischen Strukturwandels abhängen wie von den Vorkehrungen Rumäniens, sich in diesen einzuklinken.

In einem anderen Szenario ebbt die Welle der Auslandsinvestitionen wieder ab – aus internen oder externen Gründen. Für sich allein bringt das rumänische Unternehmertum keine rechte Dynamik hervor. Das Wirtschaftswachstum geht auf zwei bis vier Prozent pro Jahr zurück und reicht nicht aus, um die noch in der Landwirtschaft zurückgehaltene Arbeitskraftreserve zu absorbieren. In diesem Szenario hängt viel ab

- ▶ von der Aufnahmefähigkeit der ausländischen Arbeitsmärkte, in die ja nicht nur Rumänen drängen, und
- ▶ von der Bereitschaft der jungen Generation auf dem Land, dort zu bleiben.

Im widrigen Fall schwillt die Zahl der Arbeitslosen und Gelegenheitsarbeiter in der Stadt an; die heute für viele erkennbare Perspektive einer besseren Zukunft verflüchtigt sich. Anomie-Erscheinungen, Kriminalität, Normenverfall, Neurosen, Suizide nehmen zu und werden zur Herausforderung bzw. zur Chance für zwei Arten von Politikern: ernsthaften Reformarchitekten und populistischen Volksverführern.

Ein Szenario erscheint ausgeschlossen: die Fortschreibung der heutigen Situation in die Zukunft.